

Beschluss Europa: Für gute Arbeit und faire Löhne

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.03.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Europa: für gute Arbeit und faire Löhne

Antragstext

1 Europa als Garantin für Frieden, Freiheit und Wohlstand: Diese einstige
2 Gewissheit wird heute mehr denn je bedroht. Der russische Angriffskrieg auf die
3 Ukraine macht mit all seinen Folgen deutlich, wie fragil dieses Versprechen und
4 wie wertvoll ein geeintes Europa für uns alle ist. Rechtsextreme und
5 Faschist*innen sind europaweit auf dem Vormarsch. Sie nutzen die Krisen und
6 Unsicherheiten unserer Zeit und stellen die freie, vielfältige Gesellschaft
7 überall infrage. Das System dahinter: Ängste schüren und Menschen gegeneinander
8 ausspielen, um die eigene Agenda umzusetzen. Die extreme Rechte will ein
9 anderes, ein gespaltenes Europa, sie lehnt Prinzipien der Demokratie ab und
10 verachtet Minderheitenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Am Ende gibt sie keine
11 Antwort auf die tatsächlichen Herausforderungen unserer Zeit. Für uns GRÜNE in
12 Niedersachsen ist klar: Nur ein sozial gerechtes und solidarisches Europa ist
13 zukunftsfähig.

14 Wir Grüne sind Europapartei und überzeugte Demokrat*innen. Deshalb stehen wir
15 für eine souveräne, demokratische und handlungsfähige Europäische Union.
16 Europäische Interessen sind für uns niedersächsische Interessen. Wir liegen im
17 Herzen Europas. Die wirtschaftlichen Verflechtungen durch Import und Export mit
18 der Europäischen Union sind groß. Auf kommunaler Ebene haben rund 450
19 niedersächsische Kommunen Partnerschaften mit Kommunen aus anderen EU-
20 Mitgliedstaaten. Nicht zuletzt haben wir darum in unserem Koalitionsvertrag
21 klare Ziele festgelegt, wie Niedersachsen noch enger mit Europa zusammenwachsen
22 und dadurch weiter profitieren kann. Die letzten Jahre haben uns gezeigt, wie
23 gefährlich anti-europäische Kräfte sind, insbesondere, wenn Europa nicht
24 sichtbar und spürbar wird vor Ort und wenn Menschen daran zweifeln, dass Politik
25 für sie da ist. Es gilt darum: Europa in Niedersachsen spürbar machen und
26 Niedersachsen in Europa.

27 Soziale Gerechtigkeit garantieren

28 Unsere Welt befindet sich im Wandel, und damit einher gehen viele Unsicherheiten
29 und finanzielle Sorgen. Wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter
30 auseinandergeht und Menschen ihre Miete oder Essen nicht mehr zahlen können,
31 stellt sich die Gerechtigkeitsfrage immer lauter. Für mehr Zusammenhalt und
32 Zuversicht muss die Europäische Union darum sozial gerechter werden. Wir wollen
33 eine EU, in der alle Menschen ein gutes und sicheres Leben haben: mit fairen
34 Löhnen, verlässlichen Arbeitsbedingungen, sozialer Sicherheit und Schutz vor
35 Diskriminierung und Ausbeutung. So stärken wir das Zutrauen der Bürger*innen in
36 eine handlungsfähige Europäische Union und nicht zuletzt in unsere Demokratie.
37 Eine Europäische Union als eine soziale Union ist auch ein Versprechen an die
38 Breite der Gesellschaft.

39 Bürger*innen müssen sich darauf verlassen können, dass sie sozial abgesichert
40 sind, egal ob in unvorhergesehenen Notlagen oder in der Rente. Jeder Mensch hat

41 das Recht auf ein menschenwürdiges Leben, und dazu gehört ein Leben ohne Armut.
42 In jedem Europäischen Mitgliedsstaat braucht es starke, armutsfeste
43 Sozialsysteme.

44 Transformation gestalten

45 Unternehmer*innen wünschen sich eine Umgebung, die transformationsfreundlich und
46 offen ist. In der Investitionen mittel- und langfristig Früchte tragen. In der
47 motivierte, gut ausgebildete Arbeitnehmer*innen sowohl nach innen als auch nach
48 außen zum Erfolg eines Unternehmens beitragen. Für uns GRÜNE ist dies untrennbar
49 mit dem Schutz der Gesundheit und Sicherheit sowie Chancengleichheit der
50 Arbeitnehmer*innen verbunden. Dazu zählen die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz
51 sowie die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung.

52 Die Grundsätze für ein soziales Europa sind in der Europäischen Säule sozialer
53 Rechte angelegt. Dabei darf es aber nicht bei Grundsätzen und Empfehlungen
54 bleiben. Wir wollen rechtsverbindliche und einklagbare Arbeits- und
55 Sozialstandards daraus ableiten.

56 Die Europäische Union muss zur Verbesserung des Status Quo geschlossen vorgehen
57 und braucht mehr finanzielle Mittel und Instrumente, um gemeinsam Strategien
58 anzuwenden. Dies bedeutet unter anderem, die Steuer für Superreiche einzuführen
59 und konsequent Steuerschlupflöcher zu schließen sowie Steuerbetrug besser zu
60 verfolgen. Denn wir sehen derzeit, dass die Mittelschicht zahlt, Milliardäre
61 aber nicht. Es bedeutet aber auch, die bereits bestehenden Möglichkeiten
62 effizienter zu nutzen. Klar ist: Aus Krisen spart man sich nicht heraus, man
63 investiert sich antizyklisch heraus. Nachfolgende Generationen werden uns nicht
64 dafür danken, besonders gut gespart zu haben, sondern dafür, dass wir klug und
65 nachhaltig investiert haben. Dafür muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt der
66 Europäischen Union so überarbeitet werden, dass die Schuldenbremse grundlegend
67 reformiert wird.

68 Nachhaltig wirtschaften

69 Damit wir in Zukunft sicher und gut leben können, muss die Klimakrise noch
70 ernsthafter angegangen werden. In Niedersachsen befinden wir uns mit den
71 Anstrengungen der Landesregierung auf einem hervorragenden Weg. Die Europäische
72 Union muss jedoch ihre weitergehenden Hebel zur Bekämpfung der Klimakrise voll
73 ausschöpfen, um ihre Bürger*innen zu schützen. Dies gelingt beispielsweise durch
74 die zügige Abkehr von fossilen Energieträgern wie Erdgas, Kohle und Öl. Wir
75 wollen die Vergabe von EU-Fördergeldern an Standards wie
76 Transformationspflichten, Tariftreue und eine Standortgarantie knüpfen. Das gilt
77 insbesondere auch für Branchen, die sich von alten Geschäftsmodellen
78 verabschieden müssen. Hier muss aktiv daran gearbeitet werden, Beschäftigte für
79 neue Aufgaben zu qualifizieren und zu halten. Auf Landesebene ist unser Ziel,
80 den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft in den
81 Mittelpunkt der Vergabe von EU-Fördermitteln zu stellen. Fördermaßnahmen müssen
82 dem Erreichen der Klimaziele des Landes dienen und die Schaffung vielfältiger
83 sozialer Infrastrukturen, soziale Daseinsvorsorge, regionale Wertschöpfung und
84 nachhaltige Mobilitätsangebote voranbringen. Mit gezielter Regionalentwicklung
85 soll die Transformation vor Ort erfolgreich umgesetzt werden, damit ländliche
86 Räume mit ihren Städten und Gemeinden sowie große Städte lebenswerte Orte sind.
87 Dafür muss die Förderung einfacher werden.

88 Arbeitsbedingungen gemeinsam verbessern

89 Die Gewerkschaften der Europäischen Union sind ein Schlüssel zur Durchsetzung
90 fairer Löhne, für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Mitsprache am
91 Arbeitsplatz. Für ihre Rechte und ihre wesentliche demokratische Rolle innerhalb
92 der EU-Institutionen kämpfen wir. Dafür brauchen sie mehr Rechtssicherheit,
93 besseren Rechtszugang und höhere Durchsetzungsmöglichkeiten. An der Seite der
94 Europäischen Betriebsräte wollen wir die EU-Kommission dazu auffordern, endlich
95 die bestehende Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten zu überarbeiten und
96 Ausnahmeregeln zu beenden. Insbesondere in länderübergreifenden Branchen, die
97 oft aus dem Sichtfeld und damit allzu leicht ins arbeitsrechtliche Dunkelfeld
98 geraten, wie etwa EU-Transporte bzw. Speditionsbranche, braucht es starke
99 Vertreter*innen für die Beschäftigten.

100 Die Arbeitswelt wandelt sich rasant für viele Beschäftigte in Niedersachsen.
101 Arbeiten wird immer digitaler und flexibler. Die Chancen, die sich daraus für
102 Betriebe und Arbeitnehmende ergeben, müssen genutzt werden, ohne dabei
103 Ausbeutung und Überwachung in der digitalen Arbeitswelt zuzulassen. Wir
104 unterstützen ausdrücklich die Einführung einer Richtlinie, mit der EU-weit im
105 Homeoffice gearbeitet werden kann. Die Mindestlohnrichtlinie ist ein konkreter
106 Erfolg. In Deutschland muss dieser Weg fortgesetzt werden und die EU-Empfehlung,
107 den Mindestlohn an 60% des Medianlohns zu koppeln, umgesetzt werden. Aber auch
108 für ganz Europa muss es ein wirksames Monitoring geben, damit Dumpinglöhne EU-
109 weit der Vergangenheit angehören und sich Arbeit lohnt.

110 Wer ackert, soll auch ernten können

111 Die Situation der Landarbeiter*innen und Landwirt*innen ist extrem
112 herausfordernd. Die Klimakrise bringt höheren Risiken für Extremwetter. Unsere
113 Landwirtschaft ist sowohl von Hochwasser als auch von Dürre sowie dem Verlust an
114 gesunden Böden stark bedroht. Die aktuelle Agrarpolitik der Europäischen Union
115 schützt kleinere und mittlere Familienbetriebe in Niedersachsen und in vielen
116 EU-Ländern noch nicht ausreichend vor diesen Folgen der Klimakrise. Die
117 Landesregierung setzt sich für den notwendigen Transformationsprozess auf
118 unseren niedersächsischen Betrieben ein. Dazu zählt für uns GRÜNE das klare
119 Bekenntnis zur bäuerlichen Landwirtschaft. Doch wir alleine können die Probleme
120 nicht lösen. Die strukturellen Defizite im Agrarsektor müssen wir europäisch
121 angehen, unsere kleinen und mittleren Betriebe stärken und die EU-
122 Landarbeiter*innen vor schlechten Arbeitsbedingungen schützen. Unnötige Hürden
123 der Bürokratie wollen wir abbauen, ohne dabei wichtige ökologische und soziale
124 Standards zu schleifen – für mehr Hofarbeit statt Schreibtischzeit.

125 Für gute Pflege sorgen

126 Deutschland ist auf Pflegekräfte aus dem EU-Ausland und Drittstaaten zwingend
127 angewiesen. Wir setzen uns dafür ein, die Arbeitsbedingungen für alle
128 Pflegekräfte in den EU-Mitgliedsstaaten zu verbessern. Für Pflegende sowohl im
129 beruflichen als auch im häuslichen Umfeld muss die Vereinbarkeit von Arbeits-
130 und Privatleben gestärkt werden.

131 Freiheit und Perspektiven für eine sichere Zukunft

132 Europa ist eine Einwanderungsunion mit großem Arbeits- und Fachkräftemangel. Wir
133 fordern darum mehr Bemühungen bei der Fachkräftegewinnung durch eine umfassende
134 EU-Fachkräftestrategie. Hierfür möchten wir die EU-Blue-Card auf nicht-

135 akademische Berufe ausweiten, wenn ein konkretes Jobangebot zu marktüblichen
136 Konditionen vorliegt. Perspektiven, Teilhabe und Integration müssen dabei stets
137 gesichert sein und Hürden abgebaut werden.

138 Mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF) verfügt die EU über ein gutes
139 finanzielles Instrument zur Förderung von Beschäftigung und sozialer
140 Eingliederung. Er unterstützt auch bei uns in Niedersachsen Maßnahmen zur
141 Förderung der Beschäftigung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Die
142 Beschäftigungschancen besonders von benachteiligten Langzeitarbeitslosen, jungen
143 Menschen und migrantisierten Menschen werden dadurch erhöht. Diese
144 Erfolgsgeschichte möchten wir fortführen und verstärken.

145 Wir wollen das Arbeits-, Sozial- und Aufenthaltsrecht harmonisieren – sowohl für
146 EU-Bürger*innen als auch Drittstaatsangehörige. Dazu gehören das Recht der
147 Arbeitnehmer*innen, sich frei zu bewegen und niederzulassen, das Zuzugs- und
148 Aufenthaltsrecht für Familienmitglieder und das Recht, in einem anderen
149 Mitgliedstaat der EU zu arbeiten und ebenso wie die Staatsangehörigen dieses
150 Mitgliedstaats behandelt zu werden. Eine auf der Staatsangehörigkeit beruhende
151 unterschiedliche Behandlung in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige
152 Arbeitsbedingungen darf es nicht geben.

153 Erstmals dürfen bei der bevorstehenden Europawahl auch Menschen ab 16 Jahren
154 ihre Stimme abgeben. Damit sich junge Menschen in den politischen Prozess
155 einbringen können, sollen sie mehr Mitsprache bekommen - und auch wählen dürfen.
156 Dieser große Erfolg, ein eingelöstes Wahlversprechen, wirkt sich nachhaltig auf
157 die bessere politische Beteiligung junger Menschen aus. Dies stärkt das
158 Bewusstsein für die Verantwortung über die Zukunft der Europäischen Union, denn
159 gerade für junge Menschen ist die EU elementarer Bestandteil ihrer Zukunft.
160 Dafür muss Europa aber auch attraktiv und nahe an den Lebensrealitäten sein:
161 Durch die Freizügigkeit können junge Menschen ganz Europa entdecken, sich mit
162 anderen europäischen Jugendlichen austauschen, neue Sprachen lernen und den Wert
163 eines gemeinsamen europäischen Zuhauses erleben. Das stärkt den Zusammenhalt und
164 ist ein gutes Fundament für Völkerverständigung und Frieden. In Niedersachsen
165 bekennen wir uns klar dazu, diese Maßnahmen voll und ganz zu unterstützen.
166 Außerdem bauen wir die Europabildung an Schulen weiter aus.

167 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

168 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, eine faire Verteilung von Macht, mehr
169 Frauen in Chefpositionen und in den Parlamenten, kurz: eine geschlechtergerechte
170 Gesellschaft - und ein geschlechtergerechtes Europa - ist unser Ziel. Wir
171 befürworten deshalb explizit Programme, die die Gleichstellung der Geschlechter
172 fördert und Maßnahmen gegen Diskriminierung umsetzt. Wir fordern in unserem
173 Wahlprogramm einen Bonus für Unternehmen, die aktiv Frauen in Branchen fördern,
174 in denen sie noch immer unterrepräsentiert sind. Unternehmen und Betriebe aus
175 Branchen, in denen bislang unterdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt sind,
176 können den Bonus bei der EU-Fördermittelvergabe erhalten, wenn sie
177 überdurchschnittlich viele Frauen ausbilden oder beschäftigen. Die
178 Gewerkschaften sind hierbei unsere Verbündeten. Gemeinsam mit ihnen und den
179 Betrieben arbeiten wir daran, eine gleichberechtigte Teilhabe und gleiche
180 Bezahlung der Geschlechter sicherzustellen. Gleichzeitig wollen wir die
181 Bezahlung, Arbeitsbedingungen und Anerkennung von derzeit noch überwiegend
182 weiblich besetzten Berufsfeldern gezielt verbessern.

183 UN-Behindertenrechtskonvention auch am Arbeitsplatz wirksam umsetzen

184 Menschen mit Behinderung werden immer noch in vielen Lebensbereichen
185 diskriminiert. Wir sagen: Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist ein
186 Menschenrecht, das für alle gilt. Vor nun über zehn Jahren ist in der
187 Europäischen Union die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Kraft
188 getreten. Diese verpflichtet die Mitgliedsstaaten dazu, Teilhabe, ein
189 selbstbestimmtes Leben, Zugänglichkeit und Chancengleichheit für Menschen mit
190 Behinderung zu garantieren. Dennoch wird die UN-BRK nach wie vor weitgehend
191 ignoriert - sei es beim Wohnen, Arbeiten oder Reisen. Wir Grüne in Niedersachsen
192 sagen: Die Europäische Union muss mehr Druck auf ihre Mitgliedstaaten ausüben,
193 damit die EU endlich der UN-BRK nachkommt. Wir fordern darum verpflichtende
194 Diversitätsquoten, bessere Unterstützung für Unternehmen und das Auslaufen von
195 Behindertenwerkstätten sowie die gezielte Stärkung von inklusiven Alternativen.
196 Inklusion heißt: Menschen mit und ohne Behinderung haben die gleichen Rechte und
197 können zusammen arbeiten, statt getrennt. Entsprechend gilt für alle der
198 Arbeitnehmer*innen-Status und der gesetzliche Mindestlohn.

199 Gemeinsam sorgen wir dafür, dass die Europäische Union sowohl in sich als auch
200 im europäischen Wettbewerb funktioniert. Ein starkes und geeintes Europa bietet
201 die beste Garantie für Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit für alle
202 Menschen. Wir wollen Europa schützen, damit es uns schützt. Wir wollen ein
203 Europa der Solidarität, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte, das
204 nicht allein nationalstaatliches Interesse, sondern die Gemeinschaft im Blick
205 hat. Wir wollen die Errungenschaften der EU erhalten und sie zugleich
206 weiterentwickeln, hin zu einer nachhaltigen, demokratischen und sozial gerechten
207 Gemeinschaft. So stärken wir das Zutrauen der Bürger*innen in eine
208 handlungsfähige Europäische Union, die den Demokratiefeinden keinen Raum lässt.

Beschluss Hier Fair und Sicher: Für die Gleichstellung mobiler ausländischer Arbeitskräfte auf dem europäischen Arbeitsmarkt

Gremium: LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 31.03.2024
Tagesordnungspunkt: 5. Sonstige Anträge

Antragstext

1 Antrag der Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Flucht Niedersachsen in
2 Zusammenarbeit mit Katrin Langensiepen, Mitglied des Europäischen Parlaments,
3 und GewerkschaftsGrün Niedersachsen

4 Vor zwanzig Jahren, im Jahr 2004, kam es zu einem historischen Moment: Das Jahr
5 markierte den EU-Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten - hauptsächlich aus
6 Mittel- und Osteuropa - was die geografische, politische und wirtschaftliche
7 Landschaft der EU nachhaltig veränderte. Mit der sogenannten Osterweiterung
8 sollte die Teilung Europas in Ost und West endgültig überwunden und eine neue
9 Ära der Zusammenarbeit und Integration eingeleitet werden.

10 Die Auswirkungen dieser Erweiterung auf die Arbeitsmärkte und die Mobilität von
11 Arbeitskräften innerhalb der EU waren tiefgreifend. Die Freizügigkeit von
12 Personen, eine der vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes, hat Millionen von
13 Bürger*innen aus den neuen Mitgliedstaaten die Möglichkeit eröffnet, in anderen
14 EU-Ländern zu arbeiten, zu studieren und zu leben. Diese Mobilität hat jedoch
15 auch neue Herausforderungen hervorgebracht, insbesondere für Beschäftigte aus
16 Ostmittel- und Osteuropa sowie aus Drittstaaten wie der Ukraine und anderen, die
17 durch das Entsendesystem in die EU kommen und sich vorübergehend in einem
18 anderen EU-Staat aufhalten. Ihre persönlichen Geschichten sind oft
19 traumatisierend, denn das Arbeitsrecht und die behördlichen Strukturen sowohl im
20 Arbeitsland als auch im Herkunftsland schützen ihre Rechte bisher nur
21 unzureichend.

22 Mobile Beschäftigte haben wesentlich zum wirtschaftlichen Wachstum und zur
23 kulturellen Vielfalt in der gesamten Union beigetragen. Auch Niedersachsen, mit
24 einer ausgeprägten Landwirtschaft und Fleischindustrie, hat sich in den

25 vergangenen Jahrzehnten zu einem Zielland von mobilen Arbeitsmigrant*innen
26 entwickelt. Branchen, in denen mobile Beschäftigte überwiegend arbeiten, sind:

- 27 • Paketbranche (Kurier-, Express- und Paketdienste, KEP-Branche),
- 28 • Bauwirtschaft (Bauhaupt- und Nebengewerbe),
- 29 • Häusliche Betreuung,
- 30 • Landwirtschaft (insbesondere Erntehelfer),
- 31 • Industrie,
- 32 • Schlachtereien und Fleischverarbeitung,
- 33 • Transport und Logistik (insbesondere LKW-Fahrer),
- 34 • Gebäudereinigung.

35 Mehrere Millionen mobile Beschäftigte in Deutschland arbeiten in diesen
36 Branchen; ohne sie würden diese stillstehen. Heute, zwanzig Jahre nach der EU-
37 Osterweiterung, sehen wir die dringende Notwendigkeit, entschlossen gegen die
38 Ausbeutung und das Sozialdumping in diesen Branchen vorzugehen. Die soziale
39 Integration mobiler Beschäftigter muss nicht nur gesellschaftlich, politisch
40 sondern auch betrieblich gefördert und Diskriminierung am Arbeitsplatz bekämpft
41 werden. Die Ungleichheit, der sich viele Menschen derzeit ausgesetzt sehen, ist
42 struktureller Natur und wir müssen sie auf verschiedenen Ebenen bekämpfen: in
43 der Ökonomie, beim Zugang zu Rechten, bei Fragen der Zugehörigkeit und der
44 Anerkennung.

45 Viele mobile Beschäftigte stecken in Werkvertragskonstruktionen fest – sei es,
46 dass sie selbst Werkvertragsnehmer sind, sei es, dass sie bei einem
47 Werkvertragsnehmer angestellt sind. Der Missbrauch von Werkverträgen ist in den
48 letzten Jahrzehnten zu einem echten Problem am Arbeitsmarkt geworden; zu einem
49 Instrument für Ausbeutung und prekäre Beschäftigung.

50 Die Bundesländer, darunter federführend Niedersachsen, haben sich bei der Reform
51 der Kurier-, Express- und Paketbranche (KEP-Branche) eindeutig auf die Seite der
52 Beschäftigten gestellt. Im Februar beschloss der Bundesrat eine Stellungnahme
53 zum Gesetz und forderte das Verbot von Subunternehmen in der Paketbranche sowie
54 eine echte 20-Kilogramm-Grenze in der Ein-Personen-Zustellung.

55 1. Wir bestärken die niedersächsische Regierung in ihren Forderungen des Verbots
56 von Subunternehmen in der KEP-Branche sowie der 20-Kilogramm-Grenze in der Ein-
57 Personen-Zustellung und erwarten Entschlossenheit, diese Position auch bei
58 weiteren Verhandlungen nicht aufzugeben. Denn ohne diese Maßnahmen droht eine
59 Fortsetzung des systematischen Rechtsbruchs. In der KEP-Branche arbeiten ca.
60 300.000 Arbeitnehmer*innen. Die Branche boomt mit dem Online-Handel. Für die
61 großen Paketdienstleister sind jedoch Tausende Subunternehmen tätig. Viele
62 Beschäftigte kommen aus Osteuropa sowie aus Drittstaaten und haben Verträge mit
63 mehreren Firmen, etwa für die Verladung und die Zustellung. Bis zu 300 Pakete
64 pro Tag müssen die Paketzusteller*innen liefern, sie tragen alleine manchmal bis
65 zu 70 kg schwere Pakete, 14-Stunden-Tage sind keine Seltenheit, ebenso wie

66 Dumpinglöhne, das Schlafen in den Fahrzeugen sowie willkürliche Strafen und
67 Arbeitssperren unter Missachtung von Datenschutz.

68 Ähnlich wie zuvor in der Fleischindustrie gilt für die Paketbranche:
69 Menschliches Leid ist Ergebnis einer fehlenden arbeitsmarktpolitischen
70 Regulierung. Subunternehmen, Leiharbeit und Werkverträge entlasten die großen
71 Unternehmen von der Verantwortung dafür, was die Arbeiter*innen verdienen und wo
72 sie wohnen – das ist rechtlich Aufgabe der Subunternehmen, von denen es häufig
73 ein ganzes Netzwerk gibt. Die Branche ist dadurch für die Behörden kaum effektiv
74 zu kontrollieren. Dies muss unterbunden werden, denn dieses System führt oft zu
75 einer organisierten Verantwortungslosigkeit. Das Verbot von Subunternehmen in
76 der Fleischindustrie war ein bedeutender Hebel und wegweisender Schritt, der zu
77 der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der mobilen Beschäftigten geführt hat.

78 Um die Situation mobiler Beschäftigter in Niedersachsen auch in anderen Branchen
79 zu verbessern, sind auf Landesebene zusätzliche Maßnahmen einzuleiten:

80 2. Die Ausstattung der Gewerbeaufsichtsämter mit dem nötigen Personal ist
81 essenziell, um die Durchsetzung von Arbeitsschutzrechten zu stärken. Dabei ist
82 eine Zunahme an Kontrollen von großer Bedeutung. Diese sollten ohne
83 Diskriminierung durchgeführt werden, wobei das Wohl und die Sicherheit aller
84 Beschäftigten stets im Mittelpunkt stehen müssen.

85 3. Mobile Beschäftigte sind auf Unterstützung und Beratung angewiesen.
86 Europäische Unternehmen in Deutschland (und in allen anderen EU-Staaten) haben
87 das Recht auf einen „Einheitlichen Ansprechpartner“, wenn sie Dienstleistungen
88 erbringen wollen. Es ist also selbstverständlich, dass Unternehmen beraten und
89 tatkräftig unterstützt werden. Auch die Arbeitnehmer*innen brauchen dies
90 dringend: Wir fordern einen Ausbau und eine Verstärkung der
91 Landesberatungsstellen für mobile Beschäftigte. Auf der europäischen Ebene
92 setzen wir uns dafür ein, auch für Arbeitnehmer*innen, die fernab des eigenen
93 Herkunftslandes tätig sind, europaweit ein entsprechendes Recht auf Beratung
94 einzuführen.

95 4. Die Praxis zeigt: Da sich transnationales Arbeiten und Leben in vielen
96 Biografien über ganze Jahrzehnte erstreckt, ist die Entwicklung von
97 Integrationskonzepten, die auf die Lebensrealität transnationaler Migration
98 (laut der EU-Kommission ca. 20 Millionen Menschen in Europa) zugeschnitten sind,
99 dringend erforderlich. Wir brauchen lokale und digitale Angebote für eine
100 bessere soziale Integration von mobilen Beschäftigten sowie einen verbesserten
101 Zugang zu Sprachkursen, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Die hier
102 mobil arbeitenden Menschen sollen Chancen zur kulturellen, sozialen und
103 (gewerkschafts)politischen Teilhabe erhalten.

104 5. Im Rahmen der kommunalen Umsetzung der Istanbul-Konvention müssen
105 Betreuer*innen, die in Privathaushalten arbeiten, als Betroffenengruppe in den
106 Fokus rücken. Gewalt und Aggressionen durch Pflegebedürftige und Angehörige sind
107 in der Pflege keine Seltenheit. Hier gilt es, spezifische Schutzmaßnahmen auf
108 Landes- und Kommunalebene zu entwickeln.

109 6. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für einen europäischen Aktionsplan ein,
110 der an der Schnittstelle mehrerer Rechtsbereiche ansetzt: dem Arbeitsrecht, dem
111 Sozialrecht und dem Aufenthaltsrecht. Dies ist von Bedeutung, da nicht nur EU-

112 Bürger*innen entsandt werden, sondern auch Drittstaatsangehörige, wie der Fall
113 der streikenden LKW-Fahrer in Gräfenhausen verdeutlichte.

114 Um die Teilung Europas und das europäische Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle
115 nachhaltig zu überwinden, ist es unabdingbar, höhere Arbeitsstandards für alle
116 zu etablieren, unabhängig von ihrer Herkunft. Nur so kann die Vision eines
117 gerechten und inklusiven Europas Wirklichkeit werden, in dem jeder Mensch die
118 gleichen sozialen Güter genießt. Wir treten der Diskriminierung mobiler
119 Beschäftigter entschlossen entgegen und setzen uns für einen fairen und sicheren
120 Arbeitsmarkt ein.

Begründung

erfolgt mündlich